

Rentenalter 66/67 wieder auf dem Tisch

FDP-Präsident Franz Steinegger will eine baldige Erhöhung des Rentenalters. Doch der Vorschlag stösst noch immer auf Ablehnung.

Von **Andrea Fischer**

Eine freisinnige Idee taucht wieder auf. Im vergangenen Herbst waren es die beiden Bundesräte Pascal Couchepin und Kaspar Villiger, die ein höheres Rentenalter noch im Rahmen der 11. AHV-Revision diskutieren wollten. Damals konnten sie sich in der Exekutive nicht durchsetzen. Das Signal aber, dass auch ein Rentenalter von 66 oder 67 Jahren nicht tabu sein dürfe, war damit gegeben.

Und nun doppelt der Parteipräsident nach: In einem Interview mit der «Aargauer Zeitung» vom Montag fordert Franz Steinegger einen Verzicht auf die Mehrwertsteuer-Erhöpfung, womit ein Teil der zusätzlich benötigten Finanzen für die AHV in den kommenden Jahren gedeckt werden sollte. Das momentane

Wirtschaftswachstum beschere der AHV «einen gewissen finanziellen Spielraum». Den Rest, so Steinegger, «könnten wir vorläufig mit einer Erhöhung des Rentenalters auffangen». Konkret heisst das eine Heraufsetzung im Laufe der nächsten Jahre, auf jeden Fall vor 2010.

Steinegger stellt noch einen weiteren Eckpfeiler der 11. AHV-Revision in Frage: die Flexibilisierung des Rentenalters. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sei inzwischen so stark, dass die Wirtschaft froh sei, wenn bereits ausgeschiedene ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder arbeiten würden. Die Möglichkeit zu einer früheren Pensionierung dränge sich deshalb im Moment nicht auf.

Starres Rentenalter ist passé

Noch hat die FDP nicht ausgerechnet, ob das Modell ihres Parteipräsidenten finanziell aufgeht. Für die SP jedoch ist die Vorstellung von einem starren Rentenalter veraltet. Sie setzt sich für ein flexibles Rentenalter ab 62 Jahren ein, ohne Rentenkürzung für Minderbemittelte. Im Gegenzug sollten jene, die freiwillig länger arbeiten, die Renten der frühzeitig Pensionierten finanzieren. «Das flexible

Rentenalter ist angesichts der sich rasant verändernden Welt die zentrale Frage, die sich für die 11. AHV-Revision stellt», heisst es in einem Communiqué. Von einer Flexibilisierung könnten nämlich nicht nur Menschen mit körperlich anstrengender Tätigkeit profitieren, ergänzt SP-Generalsekretär Jean-François Steiert. Auch im Informatikbereich sei der Verschleiss an Arbeitskräften enorm.

Kritik aus den eigenen Reihen

Einig geht die SP mit Steinegger in der Ansicht, dass das Wirtschaftswachstum die Finanzprobleme der AHV entschärfe. In ihren Prognosen ist die Linke allerdings noch zuversichtlicher als die Bürgerlichen; sie glaubt, dass die Mehrwertsteuer nicht so stark erhöht werden muss wie prognostiziert, bestenfalls könne man sogar ganz darauf verzichten.

Nicht nur die SP, auch die bürgerlichen Parteien können sich mit einer kurzfristigen Erhöhung des Rentenalters nicht anfreunden. Für die CVP kommt sie «zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage» und ist laut Pressesprecher Paul Felber politisch gar nicht durchsetzbar. Mit der 11. Revision werde bereits das Frauenrentenalter

angepasst, dabei soll es vorläufig bleiben. Über weiter gehende Lösungen wollen die Christdemokraten erst diskutieren, wenn der Bundesrat die immer wieder geforderte Gesamtschau über die Situation der Sozialwerke präsentiert.

Auch die SVP, die in ihrem viel geschmähten AHV-Papier vom vergangenen März eine mittelfristige Erhöhung des Rentenalters nicht ausschliessen will, hält dies jetzt nicht für nötig. Präsident Ueli Maurer verweist auf die «Goldinitiative» der Partei, die das Nationalbankgold ganz der AHV zugute kommen lassen will und so einen Teil der kurzfristigen Finanzprobleme der Altersversicherung lösen würde.

Opposition erwächst FDP-Chef Steinegger aber auch aus der eigenen Partei. Die Aargauer Nationalrätin und Präsidentin des parteiinternen Sozialausschusses, Christine Egerszegi, hält «eine weitere Erhöhung des Rentenalters für die Frauen für unzumutbar». Denn bereits in der jetzigen Revision ist

eine Angleichung an das AHV-Alter der Männer vorgesehen, also auf 65 Jahre. Eine nochmalige allgemeine Heraufsetzung sei abhängig von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung und kommt für Egerszegi frühestens im Jahr 2015 in Frage, also erst bei der nächsten Revision.

Festhalten will die Freisinnige auch am Flexibilisierungsmodell 62/68, das die FDP bisher propagiert hat. Dieses erlaubt den Bezug einer Rente ab 62 - allerdings entsprechend gekürzt und höchstens durch Ergänzungsleistungen abgedeckt. Auf der andern Seite stehen jene, die freiwillig ihre Lebensarbeitszeit auf 68 Jahre verlängern. Sie würden weiterhin Beiträge an die AHV leisten, ohne selber eine Rente zu be-

ziehen, und trügen so zur Entlastung der AHV-Finanzen bei. Getreu dem freisinnigen Grundsatz, wonach die Eigenverantwortung gestärkt werden soll. Dazu gehört laut Christine Egerszegi eben auch die freie Wahl des Rentenalters.

Opposition erwächst
FDP-Chef Steinegger
auch aus
der eigenen Partei.